

**Öffentliche Niederschrift über die
9. Sitzung des Kreisausschusses (11. Wahlzeit)
des Landkreises Trier-Saarburg
am 04.05.2020 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier.**

Beginn: **17:16** Uhr

Ende: **19:38** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Landrat Günther Schartz

Mitglieder

Herr Jens Ahnemüller

bis 19:05 Uhr (TOP 9)

Herr Matthias Daleiden

Herr Bernhard Henter

Herr Sascha Kohlmann

Frau Dr. Kathrin Meß

Frau Stephanie Nickels

Herr Claus Piedmont

Herr Paul Port

Herr Lothar Rommelfanger

Frau Marianne Rummel

bei TOP 9 vertreten durch Herrn
Alfred Wirtz

Frau Ingeborg Sahler-Fesel

Frau Kathrin Schlöder

Herr Erster Kreisbeigeordneter Arnold Schmitt

Vertreter für Herrn Wolfgang Benter

Herr Markus Thul

Frau Stephanie Zehren

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis

Frau Kreisbeigeordnete Simone Thiel

Verwaltung

Herr Joachim Christmann

Leiter des Geschäftsbereichs II

Herr Christoph Fuchs

Büroleiter

Herr Rolf Rauland

Leiter des Geschäftsbereichs I

Frau Hannah Schmitz

Presse

Herr Dr. Jürgen Stadt

Abteilungsleiter Abteilung 3 - Ge-
bäudemanagement (TOP 4)

Gäste

Herr Harald Jansen

Trierischer Volksfreund (öffentlicher
Teil)

Herr Stefan Mock

Zweckverband ART (TOP 7)

Herr Alfred Wirtz

Kreistagsmitglied

Vertreter von Frau Rummel bei TOP
10

nicht anwesend:

Mitglieder

Herr Wolfgang Benter

entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Landrat **Schartz** eröffnet die Sitzung des Kreisausschusses und begrüßt dessen Mitglieder, die Gäste sowie die Mitarbeiter der Verwaltung.

Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung gibt es nicht.

Der **Landrat** weist zu Beginn auf die getroffenen Hygienemaßnahmen aufgrund der Corona-Krise hin. Dazu gehören, dass Desinfektionsmittel zur Verfügung gestellt werde, Schutzmasken und Einmalhandschuhe vor dem Sitzungssaal zu finden seien. Zudem sei eine angepasste Sitzordnung mit ausreichend Abstand zwischen den Personen aufgestellt worden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der **Landrat** mit, dass es folgende Nachträge zur Erweiterung der Tagesordnung gebe:

- Einflussnahme der Kreisgremien i. R. d. Corona-Bekämpfungsverordnung RLP auf eine schrittweise, die Gesundheit nicht gefährdende Öffnung von Gaststätten, Übernachtungsbetrieben und Vinotheken (Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 23.04.2020)
- Zustimmung zur Neufassung der Verbandsordnung des Zweckverbandes Industriepark Region Trier (IRT)
- Generalsanierung der Sporthalle am Stefan-Andres-Schulzentrum in Schweich – Auftragsvergabe Tribünen
- Sanierung Schulzentrum Konz – zusätzliche Sanitärarbeiten 1. Bauabschnitt – Auftragsvergabe
- Sanierung Schulzentrum Konz – VgV-Verfahren TGA 3.-6. Bauabschnitt - Auftragsvergabe

Der **Kreisausschuss** beschließt einstimmig, die Nachträge zur Erweiterung der Tagesordnung zur heutigen Sitzung aufzunehmen.

Es bestehen keine weiteren Änderungen, somit wird die Tagesordnung wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

5. **Auftragsangelegenheiten**
- 5.1. **Auftrag zur Durchführung der Dienstleistungen im Rahmen der Schulbuchausleihe an verschiedenen Schulen im Schuljahr 2020/2021
Vorlage: 0094/2020**
- 5.2. **K 43, Burg Heid - Lampaden, Auftragsvergabe; Vorlage: 0102/2020/1**
- 5.3. **Generalsanierung der Sporthalle am Stefan-Andres-Schulzentrum in Schweich-Auftragsvergabe Tribünen; Vorlage: 0115/2020**
- 5.4. **Sanierung Schulzentrum Konz – Zusätzliche Sanitärarbeiten 1. Bauabschnitt – Auftragsvergabe; Vorlage: 0123/2020/1**
- 5.5. **Sanierung Schulzentrum Konz – VgV-Verfahren TGA 3.-6. Bauabschnitt – Auftragsvergabe; Vorlage: 0124/2020/1**
6. **Zustimmung zur Neufassung der Verbandsordnung des Zweckverbandes Industriepark Region Trier; Vorlage: 0116/2020**
7. **Einführung einer Windeltonne im Bereich des Landkreises Trier-Saarburg; Vorlage: 0109/2020**
8. **Einflussnahme der Kreisgremien i. R. d. Corona-Bekämpfungsverordnung RLP auf eine schrittweise, die Gesundheit nicht gefährdende Öffnung von Gaststätten, Übernachtungsbetrieben und Vinotheken (Antrag der FWG-Kreistagsfraktion v. 23.04.2020)
Vorlage: 0122/2020**
9. **Schaffung eines grenzüberschreitenden politischen Gremiums der Region Trier mit den Grenzregionen Luxemburg mit Entscheidungskompetenzen zur Regelung grenzüberschreitender Angelegenheiten (Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion v. 20.04.20)
Vorlage: 0113/2020**
10. **Information und Anfragen**
- 10.1. **Information über Eilentscheidungen**
- 10.1.1. **Informationen über eine Eilentscheidung - Beschaffungen des Gesundheitsamtes Trier-Saarburg; Vorlage: 0101/2020**
- 10.1.2. **Information über eine Eilentscheidung - Beschaffung eines Videokonferenzsystems; Vorlage: 0099/2020**

- 10.1.3. Informationen über Eilentscheidungen - Sanierung der WC-Anlagen am Balthasar-Neumann-Technikum in Trier - Beauftragung verschiedener Gewerke; Vorlage: 0108/2020**
- 10.1.4. Informationen über eine Eilentscheidung - Realschule plus Kell am See, Einrichtung von Containerklassen; Vorlage: 0127/2020**
- 10.2. weitere Informationen und Anfragen**
- 10.2.1. Information Porta-Nigra-Schule**

5. **Auftragsangelegenheiten**

5.1. **Auftrag zur Durchführung der Dienstleistungen im Rahmen der Schulbuchausleihe an verschiedenen Schulen im Schuljahr 2020/2021; Vorlage: 0094/2020**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Zudem weist er deutlich zu Beginn des öffentlichen Sitzungsteils auf die getroffenen Hygienemaßnahmen vor und im Sitzungssaal hin.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt den Auftrag für die Ausführung der Dienstleistungen zur Abwicklung der Schulbuchausleihe an 8 Schulen mit 9 Standorten im Schuljahr 2020/2021 wiederum an die Bürgerservice gGmbH, Monaiser Str. 7, 54294 Trier, zu vergeben. Die Auftragsvergabe erfolgt zu den gleichbleibenden Konditionen des Schuljahres 2019/2020 auf der Basis der Preisbestätigung vom 23.01.2020 mit einer geprüften Angebotsendsumme in Höhe von voraussichtlich 35.000,00 € einschließlich Mehrwertsteuer. Bei der Prüfung wurde das zu erwartende Volumen (Anzahl der Teilnehmer, Anzahl der Buchpakete) aufgrund der Vorjahreszahlen geschätzt. Die Abrechnung erfolgt nach tatsächlichem Aufwand zum festgelegten Paketpreis.

Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Ergebnishaushalt 2020 bei dem Buchungskonto 24202.529200 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5.2. **K 43, Burg Heid - Lampaden, Auftragsvergabe; Vorlage: 0102/2020/1**

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt der Vergabe der Arbeiten für den Ausbau der K 43, Burg Heid - Lampaden, an den preisgünstigsten Anbieter zu.

Der Gesamtbauauftrag soll an die Firma F. Lehnen, Sehlem, in Höhe des zuschussfähigen Kreisanteils = 985.973,42 € (Angebotssumme in Höhe

von 1.521.329,82 €) vergeben werden.

Darüber hinaus ermächtigt der Kreisausschuss den Landesbetrieb Mobilität Trier (LBM), den Auftrag für die Ausstattung der Strecke (Markierungsarbeiten, Leitpfosten und Schutzplanken) in Höhe von ca. 75.000,- € vergeben zu dürfen.

Der Kreisanteil der Baumaßnahme in Höhe von 985.973,42 € und die Kosten für die Ausstattung der Strecke (Markierungsarbeiten, Leitpfosten und Schutzplanken) in Höhe von ca. 75.000,- € werden vom Land mit einer Förderquote von 78 % bezuschusst. Ein entsprechender Bewilligungsbescheid des Landes vom 31.03.2020 mit einem zuwendungsfähigen Kostenanteil von bis zu 1.150.000 liegt hier vor.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5.3. Generalsanierung der Sporthalle am Stefan-Andres-Schulzentrum in Schweich-Auftragsvergabe Tribünen; Vorlage: 0115/2020

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung sowie die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung stattgefundene Beratung. Es gebe derzeit ein Rügeverfahren der ADD Trier. Sie müsse prüfen, inwiefern dieser Rüge stattgegeben werde. Die Endvergabe werde im Anschluss an das Rügeverfahren durchgeführt.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt den Auftrag des u.a. Gewerkes für die Baumaßnahme der Generalsanierung an der Stefan-Andres-Sporthalle am Schulzentrum in Schweich vorbehaltlich des Ausgangs des Rügeverfahrens durch die ADD Trier wie folgt zu vergeben.

Tribünen nach DIN 18032

Fa.MTB GmbH
Glaver-Str.1
18292 Dobbín-Linstow

Wenn dem Rügeverfahren von Seiten der ADD Trier nicht stattgegeben wird, kann die Abteilung Gebäudemanagement umgehend den Auftrag vergeben.

Wenn dem Rügeverfahren statt gegeben wird, wird der im Vergabevermerk als Zweitbietender aufgeführte Bewerber ausgewählt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5.4. Sanierung Schulzentrum Konz – Zusätzliche Sanitärarbeiten 1. Bauabschnitt - Auftragsvergabe; Vorlage: 0123/2020/1

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt die in der nachfolgenden Sachdarstellung erläuterte Vergabe von zusätzlichen Sanitärarbeiten im Rahmen der Sanierung des Schulzentrums Konz (1. Bauabschnitt) an die Firma BVT Bellmann GmbH, Röntgenstraße 6, 66763 Dillingen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5.5. Sanierung Schulzentrum Konz – VgV-Verfahren TGA 3.-6. Bauabschnitt – Auftragsvergabe; Vorlage: 0124/2020/1

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt die in der Vorlage erläuterte Vergabe der Planungsleistungen der technischen Ausrüstung für den 3. - 6. Bauabschnitt an das Ingenieurbüro für Techn. Gebäudeausrüstung Koller Part-GmbH, Moselstraße 22, 54528 Salmtal.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6. Zustimmung zur Neufassung der Verbandsordnung des Zweckverbandes Industriepark Region Trier; Vorlage: 0116/2020

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Eine abschließende Entscheidung treffe die Verbandsversammlung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen, sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt dem Entwurf der Neufassung der Verbandsordnung des Zweckverbandes Industriepark Region Trier zu und empfiehlt dem Kreistag eine entsprechende Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7. **Einführung einer Windeltonne im Bereich des Landkreises Trier-Saarburg; Vorlage: 0109/2020**

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss nimmt die Einführung eines Abfallsammelsystems für Windeln und Inkontinenzabfälle durch den A.R.T. zur Kenntnis.

2. Der Kreisausschuss stimmt der Änderung der Sonderregelungen im zweiten Abschnitt der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung (Gebührensatzung) des A.R.T. zu und empfiehlt dem Kreistag eine entsprechende Beschlussfassung.

3. Der Kreisausschuss spricht sich dafür aus, dass neben festen Abfallsammelgefäßen auch Abfallsäcke zur Erfassung von Windeln und Inkontinenzabfällen im Kreisgebiet genutzt werden können. Die gebührenpflichtige Ausgabe bzw. der Versand dieser Windelsäcke soll durch den A.R.T. erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung

8. **Einflussnahme der Kreisgremien i. R. d. Corona-Bekämpfungsverordnung RLP auf eine schrittweise, die Gesundheit nicht gefährdende Öffnung von Gaststätten, Übernachtungsbetrieben und Vintotheken (Antrag der FWG-Kreistagsfraktion v. 23.04.2020)**
Vorlage: 0122/2020

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Vorlage der Verwaltung sowie den Antrag der FWG-Kreistagsfraktion.

Kreisausschussmitglied **Schlöder** (FWG) erläutert kurz den Antrag der FWG-Fraktion. Die Beschlussvorlage der Verwaltung ergänze den Antrag sehr gut. Die im Antrag angesprochenen Betriebe brauchen einen Öffnungstermin, um eine gewisse Sicherheit über die Zukunft zu erhalten.

Den Ausführungen zustimmen könne der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU), da die Bereiche Gastronomie und Hotelgewerbe am stärksten von der Corona-Krise getroffen worden seien. Die Zuständigkeit liege allerdings beim Land. Die CDU-Fraktion unterstütze den Antrag.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) erwidert, dass ein Öffnungskonzept von Seiten des Landes bereits in Arbeit sei. Sie habe sich in dem vorliegenden Antrag konkretere Ausführungen gewünscht. Ihres Erachtens solle im Beschluss stehen, dass der Kreisausschuss die Verwaltung bei der Öffnung unterstütze.

Der **Landrat** führt aus, dass die Gastronomie in der Region tatsächlich am härtesten unter den Corona-Restriktionen leide. Für den Landkreis Trier-Saarburg könne es von Vorteil sein, wenn eine Marketingstrategie zur Anreise von Touristen im Sommerurlaub abgestimmt werde.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) schlägt vor, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Verbandsgemeinden beauftragt werden solle, ein Konzept zu erstellen, wie in der Region Urlaub gestaltet werden könne. Die CDU-Fraktion beantrage den Antrag dahingehend zu ändern. Zudem solle „beauftragt“ durch „unterstützt“ im Beschluss geändert werden.

Landrat **Schartz** fasst zusammen, dass der Beschluss, wie vom Fraktionsvorsitzenden Henter (CDU) vorgeschlagen geändert werde. Durch den Handlungsauftrag werden Gespräche mit der Touristikbranche notwendig.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss des Landkreises Trier-Saarburg spricht sich für eine schrittweise, die Gesundheit nicht gefährdende, Öffnung von Gaststätten, Übernachtungsbetrieben und Vinotheken aus und unterstützt die Verwaltung, sich beim Land Rheinland-Pfalz für eine solche Öffnung einzusetzen.

Der Kreisausschuss des Landkreises Trier-Saarburg empfiehlt dem Kreistag zu beschließen, dass die Kreisverwaltung in Zusammenarbeit mit den Verbandsgemeinden ein Tourismuskonzept zur Urlaubsgestaltung erarbeitet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9. Schaffung eines grenzüberschreitenden politischen Gremiums der Region Trier mit den Grenzregionen Luxemburg mit Entscheidungskompetenzen zur Regelung grenzüberschreitender Angelegenheiten (Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion v. 20.04.20)
Vorlage: 0113/2020

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Er fasst zusammen, dass die 19-Tage-Regelung ausgeweitet, das Doppelbesteuerungsabkommen mit Luxemburg beraten sowie die grenzüberschreitende Kooperation weiterentwickelt werden müssen. Die Einwohnerzahlen im Landkreis seien durch die aktuellen Grenzschießungen gestiegen.

Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen) geht für die Dauer der Beratung und der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt in den Zuhörerraum des Sitzungssaals. Für sie nimmt ihr Stellvertreter **Wirtz** (Bündnis 90/ Die Grünen) Platz im Gremium.

Es herrsche derzeit sehr viel Unmut aufgrund der gegenwärtigen Grenzschießungen in den grenznahen Ortsgemeinden, so Kreisausschussmitglied **Wirtz** (Bündnis 90/ Die Grünen). Dadurch sei ein Bewusstsein entstanden, wie tief die deutsch-luxemburgische Verzahnung fortgeschritten sei. Er befürworte die Vorlage der Verwaltung. Die Region lebe wie kaum eine andere Region in Europa vom Schengen-Abkommen. Es gebe bereits einen funktionierenden Wirtschaftsrat, der allerdings Entscheidungskompetenz brauche. Aus Berlin werde diese Region kaum wahrgenommen. Er plädiere dafür, dass der Landrat sich für die Vorlage und dessen Umsetzung stark mache.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) dankt der Verwaltung für die gelungene Vorlage, der die CDU-Fraktion zustimmen werde. In der aktuellen Situation habe er von der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin vermisst, dass sie sich mit Verantwortlichen der Großregion SaarLorLux beispielsweise per Videokonferenz ausgetauscht habe. Es dürfen nicht verschiedene Ebenen miteinander vermischt werden. Eine Ebene sei dabei die Großregion, eine andere die Kommune und eine weitere die Beziehungen zwischen Ralingen und Rosport. Die kommunalen Gremien können nicht über Grenzschießungen entscheiden. Die Zusammenarbeit mit Luxemburg müsse vertieft werden. Aus eigener Erfahrung könne er berichten, dass der Konsensfindungsprozess in einem internationalen Gremium eine große Herausforderung darstelle. Unweigerlich ergeben sich weitere Fragen, z.B. nach der Größe des Gremiums der Großregion. Er schlage vor, den Appel unter Punkt 6 zu ändern und den Wortlaut „näher zu definierender kommunaler grenzüberschreitender Angelegenheiten“ einzufügen. Im Kreistag werde dann der endgültige Beschluss gefasst.

Auf die kurze Rückmeldung des Kreisausschussmitgliedes **Rommelfanger** (SPD) informiert der **Landrat**, dass der Landkreis bereits im Euregio-Rat Mitglied sei. Er selbst sei Gründungsmitglied. Als Präsident und Vizepräsident habe er die Geschicke in früheren Jahren geleitet. Der inhaltliche

Schwerpunkt dieses Gremiums liege auf Luxemburg. Es besitze leider keine Entscheidungskompetenz.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) könne den Ausführungen ihrer Vorredner zustimmen. Es sei eine Illusion, dass ein wie in der Vorlage gefordertes Gremium mit Entscheidungskompetenz ins Leben gerufen werde. Es sei bisweilen frustrierend festzustellen, dass die Arbeit in einem überregionalen Gremium und die persönlich investierte Zeit mit keinem Ergebnis belohnt werde. Die SPD-Fraktion werde sich bis zu der Sitzung des Kreistages über dieses Thema beraten.

Kreisausschussmitglied **Wirtz** (Bündnis 90/ Die Grünen) stellt klar, dass es inhaltlich bei der Antragsstellung grundsätzlich nicht um die Grenzschließungen gegangen sei. Vielmehr sei die Intention, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen zu stärken.

Der **Vorsitzende** fasst zusammen, dass aus dieser Beratung deutlich geworden sei, dass über Fakten zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit diskutiert werde. Er sei weiterhin mit viel Engagement an dieser Angelegenheit tätig. Er stelle fest, dass eine grundsätzliche Einigkeit im Kreisausschuss herrsche.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) schlägt vor die Punkte 3 und 6 unter dem Appell des Landkreises wie folgt zu ändern:

„3. Dabei müssen zukünftig die Gipfelergebnisse zu klaren Zielvorgaben für die nationalen Parlamente und Regierungen genutzt werden.“,

6. Zur Klärung bilateraler Fragen sollte ein grenzüberschreitendes politisches Gremium der Region Trier mit den Grenzregionen Luxembourgs mit Entscheidungskompetenzen zur Regelung näher zu definierender kommunaler grenzüberschreitender Angelegenheiten eingerichtet werden. Die bisher eher unverbindlich agierenden Gipfel der Großregion, die Aktivitäten des grenzüberschreitenden Kommunalverbands EUREGIO, des Instituts der Großregion oder des Interregionalen Parlamentarierrats reichen dazu nicht aus.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss des Landkreises Trier-Saarburg richtet für den Landkreis Trier-Saarburg, aufgrund dessen geografischer Lage und der emotionalen Verbundenheit seiner Bürger und seiner besonderen Verantwortung für den Europäischen Gedanken, den folgenden öffentlichen Aufruf an die Verantwortlichen in der Großregion SaarLorLux und die Entscheidungsträger für die Großregion SaarLorLux:

Der Kreisausschuss des Landkreises Trier Saarburg appelliert an die jeweils Verantwortlichen in der Großregion SaarLorLux und an die Entscheidungsträger für die Großregion:

1. Unverzüglich ist ein Sondergipfel der Großregion einzuberufen, um die Auswirkungen der aktuellen Corona-Krise und der von den Staaten getroffenen Maßnahmen auf die Großregion Saar-Lor-Lux zu analysieren und Schlussfolgerungen für eine Neuorientierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu treffen.
2. Dem Gipfel müssen zukünftig kommunale Vertreter angehören. Denn es hat sich gezeigt, dass in der aktuellen Lage wegen der engen kommunalen grenzüberschreitenden Verflechtungen die Probleme der Bürgerinnen und Bürger besser kommunal lösbar sind als national.
3. Dabei müssen zukünftig die Gipfelergebnisse zu klaren Zielvorgaben für die nationalen Parlamente und Regierungen genutzt werden.
4. Es ist ein neues Kapitel in den grenzüberschreitenden Partnerschaften in der Großregion Saar-Lor-Lux aufzuschlagen. Die ersten Initiativen dazu werden nachdrücklich begrüßt.

Der Landkreis Trier-Saarburg sieht seinerseits für das Gebiet des Kreises folgende Aspekte als besonders dringlich an:

1. Die Grenzen zwischen Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg, sowie innerhalb der Großregion SaarLorLux insgesamt müssen schnellstmöglich geöffnet werden, da der Schaden für die Europäische Verständigung größer ist als der Gesundheitsschutz, der losgelöst von Staatsgrenzen gemeinsam in der Staatengemeinschaft zu gewährleisten ist.
2. Es sind tragfähige und dauerhafte Regelungen für das grenzüberschreitende Arbeiten zu finden, die dazu geeignet sind, Fahrten zwischen Wohnort und Arbeitsplatz aus Gründen des Klima- und Gesundheitsschutzes, zur Entlastung der Verkehrsinfrastruktur und zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf das notwendige Maß zu reduzieren. Deshalb ist die 19-Tage-Regelung auszuweiten, sodass bis zu 52 Tage im Jahr grenzüberschreitende Heimarbeit möglich ist. Damit einhergehend ist - wegen einer veränderten Arbeitswelt und den Steuerausfällen in Deutschland - das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg auch unter Arbeitsplatz- und Klimagesichtspunkten neu zu formulieren.
3. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass auch im Sinne der Europäischen Idee die jeweils geltenden Meldeverpflichtungen eingehalten werden, um Irritationen und Ungleichbehandlungen zu vermeiden. Genauso muss vor dem Hintergrund verschiedener Verlautbarungen in der Öffentlichkeit auch klar

sein, dass das Zahlen von Steuern und Abgaben in Deutschland für sich genommen kein Nachteil ist!

4. Es ist innerhalb der Großregion eine gemeinsame Strategie zur Krisenvorsorge und standardisierter Kriseninformationen zu entwickeln, die auch Produktion und Bevorratung relevanter Waren und Dienstleistungen beinhaltet.

5. In Bezug auf die genannten Punkte wird es als unabdingbar angesehen, dass sich die Bundesrepublik Deutschland und das Großherzogtum Luxemburg, sowie darüber hinaus die an der Großregion beteiligten Staaten Frankreich und Belgien auf einen Fahrplan für eine Klärung der wesentlichen finanziellen und organisatorischen Fragestellungen einigen und unmittelbar in den Diskussionsprozess einsteigen, um die gute Zusammenarbeit vor Ort von diesen Themen zu entlasten.

6. Zu Klärung bilateraler Fragen sollte ein grenzüberschreitendes politisches Gremium der Region Trier mit den Grenzregionen Luxembourgs mit Entscheidungskompetenzen zur Regelung näher zu definierender kommunaler grenzüberschreitender Angelegenheiten eingerichtet werden. Die bisher eher unverbindlich agierenden Gipfel der Großregion, die Aktivitäten des grenzüberschreitenden Kommunalverbands EUREGIO, des Instituts der Großregion oder des Interregionalen Parlamentarierrats reichen dazu nicht aus.

Aus Sicht des Landkreises Trier-Saarburg hat die Coronakrise neben allen negativen Begleiterscheinungen auch gezeigt, dass schnelle Entscheidungen möglich sind und der Kreisausschuss des Landkreises bittet alle Beteiligten diesen Geist in die Klärung der angesprochenen, sowie weiterer zu erarbeitender Fragestellungen mit einzubringen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

10. Information und Anfragen

10.1. Information über Eilentscheidungen

10.1.1. Informationen über eine Eilentscheidung - Beschaffungen des Gesundheitsamtes Trier-Saarburg; Vorlage: 0101/2020

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, nimmt er sodann die Informationen zur Kenntnis.

10.1.2. Information über eine Eilentscheidung - Beschaffung eines Videokonferenzsystems; Vorlage: 0099/2020

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, nimmt er sodann die Informationen zur Kenntnis.

10.1.3. Informationen über Eilentscheidungen - Sanierung der WC-Anlagen am Balthasar-Neumann-Technikum in Trier - Beauftragung verschiedener Gewerke; Vorlage: 0108/2020

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, nimmt er sodann die Informationen zur Kenntnis.

10.1.4. Informationen über eine Eilentscheidung - Realschule plus Kell am See, Einrichtung von Containerklassen; Vorlage: 0127/2020

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, nimmt er sodann die Informationen zur Kenntnis.

10.2. weitere Informationen und Anfragen

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf den als Tischvorlage zur Verfügung gestellten Lagebericht des Gesundheitsamtes Trier-Saarburg.

Die **Mitglieder des Kreisausschusses** nehmen die Informationen zur Kenntnis.

Weiterhin verweist der **Landrat** auf den als Tischvorlage zur Verfügung gestellten Gesetzesentwurf des Landesgesetzes zur Änderung der kommunalrechtlichen Vorschriften. Er wolle in einer Ältestenratssitzung noch vor dem Kreistag am 25.05.20 über die weitere Vorgehensweise beraten. Die zur Verfügung stehenden Instrumentarien wie bspw. Videokonferenz können gerne ausgeschöpft werden.

Die **Mitglieder des Kreisausschusses** nehmen die Informationen zur Kenntnis.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) findet, dass Telefonkonferenzen

unpersönlich seien. Er bevorzuge Videokonferenzen. Für die angesprochene Sitzung des Ältestenrates wäre die Kommunikation über ein solches System wünschenswert.

Landrat **Schartz** gibt zu bedenken, dass es bei öffentlichen Sitzungen keine Probleme bei der Umsetzung einer solchen Technik gebe, allerdings sehe er Herausforderungen für den nichtöffentlichen Teil der Sitzungen. Die Verwaltung prüfe, welches System umgesetzt werde und wie die Auslegung des neuen Landesgesetzes aussehe.

Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen) bittet um einen Artikel in den Kreisnachrichten zu Anlaufstellen für hilfsbedürftige Bevölkerungsgruppen. Für Frauen und Kinder in schweren privaten Situationen, die sich durch Corona verstärkten, seien dies z. B. Interventionsstellen und der Frauennotruf.

Der **Vorsitzende** und Geschäftsbereichsleiter **Christmann** fügen hinzu, dass dieses Thema ebenfalls mit den Ortsbürgermeistern kommuniziert werden sollte. Auf weitere Beratungsstellen solle hingewiesen werden.

Auf die Nachfrage der Fraktionsvorsitzenden **Dr. Meß** (Die Linke) hinsichtlich der Fortführung der Ausschussarbeit stellt der **Landrat** klar, dass in den letzten Wochen die Corona-Krise vorherrschendes Thema der Verwaltungsarbeit gewesen sei. Er beabsichtige keine Vertagung der durchaus wichtigen Ausschussangelegenheiten, aber die Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner des Landkreises stehen an vorderster Stelle. Insofern könne er noch keine verbindliche Aussage treffen.

Zum Schluss stimmen sich die **Mitglieder des Kreisausschusses** über die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 25.05.20 in der Stadthalle Saarburg ab.

Sie einigen sich darauf, dass Redebeiträge zu dem Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion vom 20.04.20 sowie zum Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 23.04.20 stattfinden. Die Redeordnung gemäß der Geschäftsordnung werde pro Fraktion pauschal um die Hälfte verringert. Das bedeutet im Einzelnen, dass die CDU-Fraktion 6 min., die SPD-Fraktion 5 min, die Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion, die FWG-Fraktion, die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion, Die Linke-Fraktion jeweils 4 min. und die fraktionslosen Mitglieder 3 min. Redezeit erhalten. Diese Maßnahmen seien notwendig aufgrund der aktuellen Corona-Krise.

Die Sitzung finde dort statt, da die Halle ausreichend Raum biete und weil der organisatorische Aufwand sich im Rahmen halte, so der **Landrat**. Die hygienischen Maßnahmen werden vor Ort nach den Empfehlungen der ADD und des Landes durchgeführt.

10.2.1. Information Porta-Nigra-Schule

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Information der Verwaltung.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, nimmt er sodann die Informationen zur Kenntnis.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmenden.

Der Vorsitzende:

(Günther Scharz)
Landrat

Der Protokollführer:

(Andreas Reichert)